

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunden zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**KURZ mal aufgehetzt? Gestalten, statt aufhalten – Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung in Niederösterreich JETZT!**“ abgehalten.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) eröffnete die Debatte. Den Entwicklungen auf Bundesebene in den letzten Tagen und Wochen könne sich auch der niederösterreichische Landtag nicht entziehen. Hier werde ein Bild gezeichnet, dass die Menschen „sprachlos zurücklässt“. Auch deshalb, weil sinnvolle Maßnahmen in der Kinderbetreuung „torpediert“ worden wären. Für sie sei unbestritten, dass Niederösterreich beim Kinderbetreuungsangebot einen großen „Nachholbedarf“ habe. Zudem seien die Kosten für die Kinderbetreuung in Niederösterreich zu hoch; in diesem Zusammenhang brachte sie auch ein Beispiel aus dem Bezirk Tulln. Darüber hinaus sei Niederösterreich bei der Betreuung von Kleinkindern im institutionellen Bereich österreichweit das Schlusslicht. Die Bildungslaufbahn werde auch vom Angebot und der Qualität der Kinderbetreuung in den Kindergärten geprägt. Um das zu gewährleisten, brauche es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Länder und Gemeinden.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) bedauert es, dass die Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung nicht zustande gekommen sind. Es wäre ein „gutes Paket“ gewesen für die Chancen und die Zukunft der Kinder. Die Menschen im Land seien zu recht „tief erschüttert“. Es gehe jetzt darum, für eine „Politik der sauberen Hände“ zu sorgen, und der Schlüssel dazu sei Transparenz. Wer „saubere Hände“ habe, der scheue auch die Transparenz nicht. Die niederösterreichischen Familien, die Frauen und die Kinder hätten diese 1,2 Milliarden Euro dringend gebraucht. Die Neos setzten

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

sich seit Jahren für einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ein, vor allem auch damit Frauen eine echte Wahlfreiheit hätten.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) hielt fest, er wolle nicht zu sehr über die Vergangenheit reden, denn es brauche jetzt vor allem den Blick in die Zukunft. Der Ausbau der ganztägigen Schulformen sei hier besonders wichtig und genau diesen Ausbau brauche es, weil er Wahlfreiheit für die Eltern ermögliche. Es gehe vor allem um diese Wahlfreiheit, die Eltern bräuchten dies dringend. Die Länder könnten hier viel umsetzen. Niemand hindere das Land Niederösterreich, voranzugehen und ein flächendeckendes Angebot für Ganztagschulen zu schaffen. Wer ein „chancenreiches und zukunftssicheres Niederösterreich“ wolle, der solle in die Kinder investieren.

Abgeordnete Vesna Schuster (FP) meinte, 1,2 Milliarden Euro für Familien und Kinder seien „einfach verhindert“ worden. Dem ehemaligen Bundeskanzler seien Familien und Kinder gleichgültig gewesen, kritisierte sie. Für den eigenen Vorteil seien hier Vorteile für die Familien verhindert worden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde immer schwieriger. Es brauche mehr Personal und mehr Geld für die Kinderbetreuung. Viel Geld werde „in sinnlose Projekte geschmissen“, flächendeckende, leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen seien jedoch Mangelware.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) sagte, der Ex-Kanzler habe dieses Land in eine Situation gebracht, die dieses Land nicht verdiene. Die VP müsse selbst erkannt haben, dass dieser Weg ein falscher gewesen sei.

Abgeordnete Elvira Schmidt (SP) meinte, es gebe viel Einigkeit in dieser Aktuellen Stunde. Die Kindergärten seien die erste Bildungseinrichtung der Elementarpädagogik, von der vor allem sozial benachteiligte Familien profitierten, hier sei es notwendig zu investieren. Teilzeitarbeit sei weiblich, Überstunden seien männlich. In Niederösterreich passten die Schließtage nicht, die Öffnungszeiten seien eine Katastrophe. Man brauche mehr Kinderbetreuungsplätze, die Wahlfreiheit der Mütter müsse gewährleistet sein. Die Lücke zwischen dem Karenzende und dem Kindergartenbeginn gehöre geschlossen, die Gemeinden dürften dabei aber nicht auf der Strecke bleiben. Im Kindergartengesetz

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

müsse das Alter auf zwei Jahre gesenkt werden, man brauche die Kindergarten-Milliarde jetzt.

Abgeordneter Ing. Bernhard Ebner, MSc (VP) sprach von einem „Trojanischen Pferd“. Es sei im Sinne der Länder gut gewesen, dass seinerzeit neu verhandelt worden sei. Die VP NÖ sei weder schwarz noch türkis, sondern blau-gelb. Es gehe darum, wie man Niederösterreich weiterentwickeln und noch besser machen könne. Niederösterreich handle schneller und kraftvoller als andere Bundesländer, hier seien die wichtigsten Anliegen der Menschen auch die Hauptaufgaben der Politik, etwa der Arbeitsmarkt, die Mobilität und die Gesundheit. Die VP NÖ arbeite gut und gerne mit anderen Parteien zusammen. Es sei egal, woher eine Idee komme, Hauptsache, sie sei blau-gelb und helfe Niederösterreich. An Beispielen für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft nannte er insbesondere die Landesstrategie sowie den Ausbau der Pflegezentren und der ISTA. Jedes zweite Gesetz im Landtag werde einstimmig beschlossen.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) betonte, die FP unterstütze das Ansinnen des von der SP geforderten Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung. Das Motiv der Verhinderung sei verwerflich und zeige die türkise DNA in Wien. „Pure, unverhohlene Machtgier“ habe das Schicksal der Kinder auch in Niederösterreich verschlechtert. Jetzt sei die Stunde der Wahrheit gekommen – für den Rechtsstaat, die Medien, aber auch die VP NÖ.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) führte aus, sie verstehe nicht, dass man in der VP NÖ über die Verhinderung der 1,2 Milliarden Euro für die Kinderbetreuung nicht wütend sei. Es gehe jetzt um Aufklärung, ob die VP NÖ aufgehetzt gewesen sei oder nicht. Die VP solle sich der SP-Forderung nach der Kindergarten-Milliarde anschließen.

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) erinnerte an die Einigkeit beim Parteitag der VP im VAZ St. Pölten. Der VP NÖ gehe es nicht um die Kinder, Frauen und Familien, sondern nur um die Partei. Die SP mache sich absolut keine Sorgen um die VP, sondern um die Kinder, Frauen und Familien im Land. Man sei für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, für einen Rechtsanspruch auf ganztägig

kostenlose Kinderbetreuung und für einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Schulangebot mit verschränkter Unterrichtsform.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Zu viel ist zu viel – Kostenlawine stoppen!**“.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) meinte, das Leben müsse bezahlbar bleiben. Mit dieser schwarz-grünen Steuerreform werde alles noch teurer. Die Steuerreform sei ein Anschlag auf den ländlichen Raum. Besonders die Spritpreise seien so hoch wie noch nie und würden auf ein Allzeithoch zusteuern. Wer derzeit sein Auto auftanke, müsse „tief in die Tasche greifen“. Unsere Landsleute seien auf ihr Auto angewiesen, um in die Arbeit zu fahren, um die Kinder in die Schule zu bringen und um die Einkäufe des täglichen Lebens zu erledigen. Sie seien aber auch auf ihr Auto angewiesen, um am sozialen Leben teilzunehmen. Er brachte ein Beispiel, welche Kosten auf die Menschen zukommen. Das sei nicht ökosozial, sondern „asozial“ und würde den Menschen das Geld aus den Taschen ziehen.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, das Straßenbild sei heute von „250 PS Monstern“ geprägt, die in Wirklichkeit keiner brauche. Das Verbrennen von Benzin halte den Klimawandel nicht auf und man komme um eine CO₂-Bepreisung nicht herum. Diese Steuerreform bringe uns nicht weiter. Maßnahmen seien notwendig, die klimatische und budgetäre Nachhaltigkeit sichern und den Mittelstand wirklich spürbar und merkbar entlasten. Eine echte ökosoziale Steuerreform verbinde mehr Freiheit für den Einzelnen mit mehr Verantwortung für Klima und die folgenden Generationen. Diese Steuerreform sei weder ökologisch noch nachhaltig.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) sagte, die Grünen seien mit dem Versprechen in die Regierung gegangen, etwas für das Klima zu tun. Man habe unter anderem bereits zwei Dinge geschafft: das Klimaticket und die ökosoziale Steuerreform. Das Gute werde günstiger, das Schädliche bekomme seinen Preis. Der Einstieg in die CO₂-Bepreisung sei damit gelungen. Das Klimaticket bringe Einsparungen für Pendler aller Regionen.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) meinte, dass sich die ökosoziale Steuerreform als „öko-asoziale Steuerreform“ herausstellen werde. Niederösterreich sei ein Flächenbundesland. Er fordere zudem umgehend Maßnahmen gegen die aktuell hohe Inflation. Es gelte die NoVA-Reform zu stoppen und ersatzlos zu streichen. Es brauche zudem einen Preisstopp für Strom und Gas, die Ökostromabgabe sei ersatzlos abzuschaffen. Die Erhöhung des NÖ-Heizkostenzuschuss um zehn Euro sei „eine Verhöhnung der Landsleute.“ Darüber hinaus seien die Baukosten massiv angestiegen. Deswegen brauche es einen Teuerungsstopp in Niederösterreich.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) sagte, der Titel der aktuellen Stunde sei gut gewählt. Es sei notwendig über das Steuersystem zu diskutieren. Die Millionenausgaben für Inserate und Maskenfabrikanten müssten durch Massensteuern finanziert werden. Strom, Gas, die Lebensmittel seien teurer geworden. Dem mit Massensteuern entgegenzutreten, sei verantwortungslos.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) berichtete Abgeordnete Mosers Ausführungen, dass Klubobmann Landbauer seine Mitarbeiter als „Pöbel“ bezeichnet habe. Landbauer habe aus VP-Chats zitiert, in denen „Wähler als Pöbel“ bezeichnet worden seien.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) sprach über die Preissteigerungen. Die Inflation in Höhe von 3,3 Prozent verteuere das Leben. Experten rechnen mit bis zu 500 Euro Mehrkosten für Familienhaushalte bei Strom und Gas. Es brauche daher einen Teuerungsausgleich fürs Heizen. Der Sozialdemokratie sei es ein Anliegen, rasch und konkret zu helfen und habe daher einen Antrag eingebracht, den sie später einbringen werden, um gestaffelt mit bis zu 500 Euro pro Haushalt die Teuerungen auszugleichen.

Abgeordnete Michaela Hinterholzer (VP) unterstrich, die Kostensteigerungen seien nicht von der Hand zu weisen. Dennoch liege der Strompreis in Österreich noch immer unter dem Schnitt der europäischen Länder. Auch Diesel und Benzin sei ebenso teurer geworden. Man könne den Rohölpreis jedoch von Niederösterreich aus nicht steuern. Ein Land wie Österreich, das auf Öl- und Gasexporte angewiesen ist, müsse diese Abhängigkeit Schritt für Schritt reduzieren. Österreich müsse unabhängiger werden und

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

das passiere, indem man auf Erneuerbare setze. Investitionen in den Klima- und Umweltschutz trügen auch dazu bei, Wertschöpfung im Land zu halten.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) hielt fest, dass die Mehrwertsteuer mehr als 50 Prozent des Spritpreises ausmache. Eine Fahrt vom Bahnhof Gmünd zum Bahnhof St. Pölten dauere eine Stunde und 53 Minuten. Es sei gut, dass es diese Möglichkeit gebe, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benützen, dieses Angebot sei aber für viele unrealistisch.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG betreffend Institute of Science and Technology – Austria (IST-Austria) (3. Ausbaustufe)**.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) zeigte sich von der Entwicklung und von der Erfolgsquote des IST Austria beeindruckt. Der hohe Mitteleinsatz sei auf jeden Fall gerechtfertigt. Sie sprach sich jedoch für eine begleitende Kontrolle und auch dafür aus, den Landtag in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung dieser Einrichtung zu informieren.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) begrüßt ebenfalls den weiteren Ausbau dieser Einrichtung, die hohes internationales Ansehen genieße. Ebenso begrüßte er die Forschungsaktivitäten am IST Austria in Sachen Klima- und Umweltschutz.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, dass auch seine Fraktion diesem Antrag zum weiteren Ausbau dieser Forschungseinrichtung, die zu den bedeutendsten im Land zähle, zustimmen werde.

Für Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) unterstreiche dieses Investitionsvorhaben die Bedeutung von Forschung, Technologie und Wissenschaft im Land. Ziel sei ein Vollausbau des IST Austria bis 2036 und dieses Ziel werde auch von ihrer Fraktion unterstützt.

Abgeordneter Christoph Kaufmann, MAS (VP) ist überzeugt, dass man am IST Austria noch viele weitere positive wissenschaftliche Entwicklungen erleben werde und auch

viele weitere Top-Wissenschaftler nach Klosterneuburg kommen werden. Wie gefragt diese Einrichtung sei, hätten auch die 1.766 Bewerbungen für eine Professur gezeigt. Der vorliegende Antrag sei ein klares Bekenntnis zu dieser Einrichtung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Christian Gepp, MSc (VP) referierte zu einem Bericht betreffend **NÖ Sportgesetz – Sportbericht Niederösterreich 2020**.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) eröffnete die Debatte. Sie danke Landesrat Jochen Danninger für diesen informativen Bericht. Ein besonderes Anliegen ist ihr, Kinder und Jugendliche zu mehr Bewegung zu motivieren. Sie sprach sich deshalb für eine rasche Einführung der täglichen Turnstunde in allen Pflichtschulen aus. Darüber hinaus sollten Schulen mehr mit lokalen Sportvereinen zusammenarbeiten. Neben dem gesundheitlichen Aspekt mache Sport auch Spaß, ermögliche Freundschaften zu schließen und trage zum Teambuilding bei.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) wolle auch den Behindertensport besonders hervorheben. Die Paralympics hätten hier eine ganz wichtige Funktion. Der Bereich des Behindertensports sollte noch stärker in der öffentlichen Wahrnehmung verankert werden. Dem Sportbericht werde man gerne die Zustimmung eben.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) meinte über den Sportbericht, dieser sei „eines der Highlights des Jahres“. Er gratulierte auch den Sportlerinnen und Sportlern. Breitensport und Spitzensport werde in Niederösterreich gefördert, und das sei gut so. Auch Motorsport verdiene sich Unterstützung, hielt er fest.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) sagte, das Jahr 2020 sei von etlichen Sport-Highlights geprägt gewesen. Niederösterreich sei ein sehr vielfältiges Sportland, für jeden sei etwas dabei. Bewegung sei gut für die Gesundheit.

Dritte Präsidentin Mag. Karin Renner (SP) betonte in Vertretung des Sportsprechers ihrer Fraktion, der Bericht sei sehr gelungen und gebe einen sehr guten Überblick über

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

das Sportgeschehen in Niederösterreich. Den Sportlerinnen und Sportlern sowie auch den Funktionärinnen und Funktionären sei für ihre Leistungen zu danken.

Abgeordneter Bernhard Heinreichsberger, MA (VP) freute sich, dass beim Sportbericht große Einigkeit herrsche. Das Jahr 2020 sei nicht leicht gewesen, bezog er sich auf die Pandemie und ihre Auswirkungen. Man könne stolz sein auf die Partnerschaft zwischen Land Niederösterreich und den Sportverbänden.

Der Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Jürgen Maier (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Bekanntnis zum Bau der S 8 Marchfeld-Schnellstraße – für Land und Leute.**

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) wies darauf hin, dass die Bevölkerung in der Region verärgert sei. Sie kritisierte u. a., dass Zubringerstraßen gebaut worden seien, ohne das rechtsstaatliche Verfahren abzuwarten. Medial kolportierte 13 Millionen Euro seien in Zufahrtsstraßen „gepumpt“ worden, die ohne die Schnellstraße gar keinen Sinn machten. Man habe viel Zeit verloren. Es stehe außer Zweifel, dass es eine rasche Entlastung für die Bevölkerung geben müsse. Sie stellte einen Antrag auf getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) erinnerte an das Jahr 2006 und die Novellierung des Bundesstraßengesetzes. Der ehemalige Abgeordnete Fasan habe damals schon prophezeit, dass damit keinem Pendler und keiner Pendlerin in dieser Region geholfen würde. Die vergangenen 15 Jahre hätte man nutzen sollen, um die Probleme zu lösen, etwa durch den Bau von kleinräumigen Ortsumfahrungen oder den Ausbau der Öffis in der Region. Dann hätte man die heutige Diskussion nicht.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sagte, es sei nicht die Frächterlobby, die diese Straße verlange, sondern es seien zehntausende Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes Gänserndorf, des Marchfelds und des umliegenden Weinviertels. Die Pendlerinnen und Pendler brauchten diese Straße.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Dritte Präsidentin Mag. Karin Renner (SP) betonte, sie freue sich sehr, dass man gestern überparteilich gemeinsam mit fast allen Bürgermeister des Bezirkes einen proaktiven Verein gegründet habe. Ohne sie würden sich keine Betriebe in der Region ansiedeln, die momentane Situation sei für die Anrainer unerträglich, für die regionale Wirtschaft eine Katastrophe und bedeute für die Pendler „vergeudete Lebenszeit“.

Abgeordneter René Lobner (VP) betonte, dass das Marchfeld seit 20 Jahren um diese Lebensader kämpfe. 35.000 Fahrzeuge pro Tag seien eine schier unerträgliche Belastung. Die Ministerin solle endlich das Gespräch mit den Bürgern der Region suchen, es dürfe keine weiteren Verzögerungen geben.

Der Antrag auf getrennte Abstimmung wurde einstimmig angenommen. Im Folgenden brachte Punkt 1 eine Mehrheit von VP, SP, FP und des fraktionslosen Abgeordneten. Der Rest des Antrags wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **unverzögerlicher Bau der Traisental-Schnellstraße S34**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) eröffnete die Debatte: Es gebe ernstzunehmende Argumente dafür und dagegen. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen, das Evaluierungsergebnis werde bald vorliegen.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) sprach von beeinträchtigter Lebensqualität und einer völlig überlasteten Straße während der Stoßzeiten. Es gehe um die Anrainer und eine massive Fahrzeitverkürzung für die Pendler. Die S34 bringe nicht nur ein Plus für die Infrastruktur des ländlichen Raums, sondern auch für die Landeshauptstadt. Die Schnellstraße eröffne auch der Wirtschaft große Potenziale, bringe einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und sei eine wirksame Waffe gegen die Abwanderung. Alle Verhinderungs- und Verzögerungsmaßnahmen seien zu unterlassen.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) relativierte die 10.369 Unterschriften in Bezug auf ihre regionale Herkunft sowie die Gesamteinwohnerzahl. Es verwundere, dass nach jahrelanger rechtskonformer Prüfung ein Gutachten des weisungsgebundenen Umwelt-

amtes ins Treffen geführt werde. Der wachsende Straßenverkehr müsse aus der Stadt heraus, es gehe um den Wirtschaftsstandort St. Pölten und viele Arbeitsplätze. Ein **Abänderungsantrag** fordert eine sofortige Veranlassung des Baubeginns und eine zügige Fertigstellung.

Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) führte aus, die Ministerin agiere sehr wohl im Rahmen der Verfassung und der Gesetze. Das Konzept für die S34 stamme aus den „Betonzeiten der 1970er-Jahre“, das Projekt sei auch bereits einmal, 2002, aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen worden. Angesichts des Klimawandels sei es ein guter Zeitpunkt, Alternativen zu bewerten oder den Sinn zu hinterfragen. Alles andere wäre fahrlässig.

Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch (VP) bezog sich auf eine Mobilitätsdebatte für die Gesamtregion. Die S34 mache Sinn, die momentane Situation sei für die Wirtschaft unerträglich, zudem brauche St. Pölten eine Verkehrsentlastung. Mit den Landwirten müsse ein fairer Ausgleich gefunden werden. Es gehe um einen Rechtsstatus, es gebe keinen Raum mehr für „Bauchentscheidungen“ einer Ministerin. Sie stehe nicht über dem Recht. Eine einheitliche Beschlussfassung des Landtages wäre sehr wichtig.

Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Christoph Kainz (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **blau-gelber Plan für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Radwegenetzes**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte, es sei klar, dass der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität uns einiges abverlangen werde. Das Klimaticket sei gut, aber nur ein erster Schritt. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs hin zu einem „modernen und attraktiven Mobilitätstool“ sei eine Mammutaufgabe. Die Finanzierung sei offen. Diese Mammutaufgabe müsse angegangen werden.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) betonte, man müsse überlegen, was man in der Verkehrspolitik in Niederösterreich in Zukunft besser machen könne. Es werde oft

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

die Verantwortung abgeschoben und der Bund werde zu etwas aufgefordert, wofür das Land zuständig sei. Niederösterreich müsse endlich selbst Verantwortung übernehmen, selbst die Verkehrspolitik für die nächsten Jahre in die Hand nehmen und gestalten. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Er brachte einen Abänderungsantrag ein.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) führte aus, dass in den letzten Jahrzehnten sehr viele Nebenbahnen von der VP-NÖ geschlossen wurden. Die Interessen der Bevölkerung im Hinblick auf die Mobilität müssten sichergestellt werden. Der Ausbau von Park&Ride-Anlagen sei wichtig. An Landesstraßen und Bundesstraßen an strategischen Punkten müssten Park&Ride-Anlagen errichtet werden, damit Fahrgemeinschaften geschlossen werden könnten. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) kritisierte, dass finanzielle Mittel für die Errichtung von Radschnellwegen in die Hand genommen werden. 90 Prozent der Radfahrer seien in ihrer Freizeit mit Mountainbikes unterwegs, Radwege müssten nicht asphaltiert werden. Er brachte einen Antrag auf getrennte Abstimmung ein.

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) meinte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Er brachte einen Zusatzantrag ein. Er verlangte unter anderem eine Lkw-Maut, einen sozial gerechten und klimapolitisch nachhaltigen Öko-Bonus und ein bundesweit einheitliches 365 Euro-Klimaticket.

Abgeordneter Jürgen Maier (VP) sagte, was sich hier im Antragstext zu Buche schlage, sei auf Studien und Konzepte zurückzuführen. Es gebe auf der einen Seite das Mobilitätskonzept und es gebe auch einen Verkehrsdienstvertrag, wo die Bestellungen mit den ÖBB geregelt seien. Und es gebe eine Rahmenplanfinanzierung mit den ÖBB, die im Nationalrat beschlossen wurde. Die Stammstrecke durch Wien müsse Bundesinteresse sein, weil sie international wichtig sei. Auch der Radwegeausbau in den Gemeinden werde gefördert. Niederösterreich habe auch einen Plan und eine klare Position beim Klimaticket eingenommen.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde aufgrund mangelnder Unterstützung abgelehnt. Der Hauptantrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, FP, GRÜNE und NEOS mehrheitlich angenommen. Der Zusatzantrag von der SP blieb in der Minderheit.

Abgeordneter Martin Schuster (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG 2005) und des NÖ Starkstromwegesetzes.**

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) sagte, Österreich nehme die Klimaziele und die Zeitachse bis zum Jahr 2040 ernst. Mit den Energiegemeinschaften sei es endlich so weit, dass man Menschen noch einmal einen Anstoß geben könne, mit dabei zu sein. Etwa in Städten mit denkmalgeschützten Gebäuden sei es dadurch möglich, Photovoltaik-Strom zu beziehen, weil einer produzieren und der andere konsumieren könne. Ihre Fraktion werde diesem Gesetz die Zustimmung geben.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) meinte, es sei wichtig und richtig, dass man in erneuerbare Energie investiere. Er verwies aber auch darauf, dass derzeit bei der Photovoltaik viele Flächen verbaut würden.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) machte im Zusammenhang mit diesem Thema auf die „Blackout-Vorsorge“ aufmerksam. Man dürfe auch die Stärkung der Gemeinden nicht vergessen, die bei einem Blackout gemeinsam mit der Bevölkerung die Hauptlast der Bewältigung tragen müssten.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) sagte, die Energiewende sei in Niederösterreich kein Schlagwort, sondern gelebte Praxis. Mit dem heutigen Gesetz werde auch die Errichtung von Infrastrukturmaßnahmen, die es brauche, erleichtert.

Abstimmung:

Der Ausschussantrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Michaela Hinterholzer (VP) referierte zu einem Bericht betreffend **NÖ Sozialbericht 2020.**

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) kritisierte, dass es immer noch keine Pflegereform gebe. Auch wenn die Pflegereform im Wesentlichen Ländersache sei, sei es hilfreich, wenn es einheitliche Standards gebe. Covid hinterlasse Spuren, vor allem auch im Pflegebereich. Wenn in den Medien berichtet werde, dass die Hälfte der Pflegekräfte überlege, aus dem Beruf auszusteigen, sei dies ein Alarmsignal. Sie dankte allen Menschen, die in der Pflege arbeiten, sie hätten einen schönen, herausfordernden und auch anstrengenden Beruf, den sie mit sehr viel Empathie erfüllten.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) sagte, für den Sozialbereich sei das Corona-Jahr sehr herausfordernd gewesen. Ihre Fraktion könne dem Bericht nicht zustimmen, weil dringend notwendige Verbesserungen auf sich warten ließen. Als Beispiel nannte sie etwa die Pflegeassistenz. 13 Prozent der Bevölkerung seien 2020 armutsgefährdet, das mache sie sehr betroffen.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) sagte, dass es in Niederösterreich einen Pflegezustand und zu wenig Pflegepersonal gebe. 110 Pflegebetten in Niederösterreich stünden derzeit leer, weil das Personal fehle. Versäumnisse im Pflegebereich würden auf den Bund geschoben. Es brauche schleunigst den Lehrberuf Pflege und Betreuung, mit dem zukunftsfähige und nachhaltige Ausbildungsplätze für die Jugend geschaffen und zugleich der älteren Generation eine hochwertige Betreuung garantiert werde könne.

Abgeordneter René Pfister (SP) dankte für die Erstellung des informativen NÖ Sozialbericht. Die Pflege sei eine der „größten sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit“. Er sprach sich auch dafür aus, analog zum burgenländischen Pflegemodell pflegende Angehörige anzustellen. Pflege zu Hause koste einen Bruchteil im Vergleich zur Pflege in einem Heim. Besondere Unterstützung bräuchten auch Kinder, die armutsgefährdet seien. Er brachte deshalb **Resolutionsantrag** betreffend Erhöhung der monatlichen Leistungen für minderjährige Personen nach dem NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz ein. Auch Gewalt an Frauen sei traurige Realität.

Abgeordneter Anton Erber, MBA (VP) bezeichnete den Sozialbericht als „jährlich wiederkehrendes Werk“ das zeige, was sozialpolitisch geleistet werde. Man stehe vor gro-

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

ßen Herausforderungen, vor allem, was die Pflege betreffe. Die Alten würden mehr, die Jüngeren dagegen immer weniger. In einem **Resolutionsantrag** fordert er die Umsetzung von notwendigen Maßnahmen im Pflegebereich.

Der Bericht wurde ohne die Stimmen der Grünen zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Pfister wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Erber mit Mehrheit angenommen.

Abgeordnete Doris Schmidl (VP) referierte zu einem Bericht betreffend **A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht 2020); B: Gebarung und Tätigkeit des NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds; C: Tätigkeit und Wahrnehmung der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion.**

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) eröffnete die Debatte. Er habe den Eindruck, dass im vorliegenden Grünen Bericht nichts Neues drinnen stehe. Die Einkommenssituation in der Land- und Forstwirtschaft sei nach wie vor schlecht. Wenig Erfreuliches gebe es auch im Produktionsbereich. Hier nannte er als Beispiel die weitere Konzentration der Schweinebetriebe. Erfreulich sei dagegen, dass der Anteil der Betriebe, die unter biologischen Voraussetzungen züchteten, steige. Zum landwirtschaftlichen Förderungsfonds meinte er, dass er bald ausgefördert sei. Da müsse sich das Land etwas einfallen lassen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) stelle sich die Frage, ob Bauern eine Zukunft hätten. Der Bauernbund agiere nach dem Motto „Operation gelungen, Patient tot.“ Die Bauern hätten sich eine Landesvertretung verdient, die sie unterstützt und nicht in den Ruin treibt. Zudem sei das Wahlrecht der Landesvertretung dringend zu reformieren. Die Bauern würden darüber hinaus faire Preise für faire Produkte verdienen. Zudem brauche es eine ehrliche Herkunftsbezeichnung.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) unterstrich, dass die Zahl der Haupterwerbsbauern stetig zurückgehe. Das Motto „wachsen oder weichen“ gehe in Niederösterreich weiter. Ein weiteres großes Thema seien die qualvollen Tiertransporte – eine

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

unbefriedigende Situation für alle Beteiligten. Man solle darüber hinaus über den Einsatz von Pflanzenschutzmittel nachdenken, denn die Notwendigkeit nach gesunden Böden sei größer denn je.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, man sei bei der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik völlig falsch unterwegs. Man verwechsle Management und Leadership, denn die EU-Agrarpolitik setze die falschen Ziele. Die aktuelle Ausgangslage werde nicht gesehen oder vielleicht sogar absichtlich ignoriert. Der Selbstversorgungsgrad Österreichs werde in den nächsten Jahren sinken. Der Biolandbau wirke sich negativ auf die Biodiversität aus, weil durch die vielen Biobauern der Flächenbedarf größer sei als in der konventionellen Produktion.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) berichtete, dass es beim Erwerbseinkommen in der Landwirtschaft eine positive Entwicklung gebe, aber bei den Forstwirten eine negative. Die Land- und Forstwirtschaft gemeinsam „grundle also bei 0 herum.“

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) sprach über die negative Entwicklung bei der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe. Außerdem sei bei Klein- und Mittelbetrieben der Ertrag gesunken, bei Großunternehmen hingegen gestiegen. Im Vergleich der Bundesländer liege Niederösterreich beim Ertrag am unteren Ende. Auch die Auswirkungen des Klimawandels seien nennenswert. 2019 waren es noch drei Millionen Euro, die für Katastrophenschäden ausbezahlt worden seien, 2020 waren es bereits 5,4 Millionen Euro. Das Guthaben des Landwirtschaftlichen Förderungsfonds sinke jährlich, die Außenstände seien sehr hoch.

Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) erinnerte, dass 2020 ganz im Zeichen der Corona-Pandemie gestanden sei, von der auch der Agrarsektor erheblich betroffen gewesen sei. Die Unterstützungsmaßnahmen seien hier sehr wichtig gewesen. Durch die Krise habe man auch die Wichtigkeit der Selbstversorgung mit Lebensmitteln gesehen, die Bauern hätten für Versorgungssicherheit gesorgt. Die Landwirtschaft sei systemrelevant, auf die Bauern könne man sich immer verlassen.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit Mehrheit von VP, SP, FP und Neos angenommen.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Ragweed**.

Abgeordneter Ing. Mag. Reinhard Teufel (FP) eröffnete die Debatte: Das eingeschleppte Ragweed erweise sich zunehmend als Bedrohung. Auch die Landwirtschaft leide, besonders betroffen seien Soja-, Kürbis- und Sonnenblumenfelder. Ein **Abänderungsantrag** fordert die Einführung eines Ragweed-Bekämpfungsgesetzes nach burgenländischem Vorbild.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) betonte, dass im Vorjahr 1.541 Funde gemeldet worden seien. Die Maßnahmen im §34-Antrag seien zu wenig, seine Fraktion unterstütze den FP-Antrag.

Abgeordneter Christian Gepp, MSc (VP) nannte als wirksamste Maßnahmen einen gezielten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und eine Mahd im Juli. Seine Fraktion folge dem Grundsatz „Beraten statt Bestrafen“. Das burgenländische Gesetz sei schwer zu vollziehen und enthalte auch kein Strafmaß.

Bei der folgenden Abstimmung blieb der Abänderungsantrag in der Minderheit, der Hauptantrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, Grünen und Neos mehrheitlich angenommen.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **keine Impfpflicht für NÖ Landesbedienstete**. Der Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) eröffnete die Debatte: Die Impfung sei der Weg aus der Pandemie. Hier würden aus parteipolitischem Kalkül verantwortungslos Ängste geschürt und Menschen verunsichert.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Abgeordnete Ina Aigner (FP) sagte, die Wirkung der Impfung zeige nicht den versprochenen Erfolg, die Menschen würden bei der Impfung bewusst hinters Licht geführt. Jeder einzelne Bürger müsse sich frei entscheiden können. Diskriminierungen und ein Ausschluss aus dem Berufsleben seien existenzgefährdend, mit der Verfassung nicht zu vereinen und strikt abzulehnen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) nannte den Beitrag ihrer Vorrednerin eine Themenverfehlung. Es gebe im Landesdienst auch andere Voraussetzungen, die FP schränke die Rechte der Arbeitgeber ein. Angstmache vor der Impfung sei kein Beitrag, Ängste abzubauen und die Pandemie zu bekämpfen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) sagte, die Angstmache vor der Impfung sei kein Beitrag, um Angst abzubauen. Es sei ein Privileg, wenn man geimpft sei, weil man reisen könne. Man könne hier nicht von einer Impfpflicht sprechen. Die Impfung sei nicht die erste Voraussetzung, die im Landesdienst verlangt werde, um hier arbeiten zu können. Ihre Fraktion werde dem Antrag des Ausschusses auf Ablehnung zustimmen.

Abgeordneter DI Franz Dinhobl (VP) führte aus, man müsse auch Verantwortung für die Mitmenschen, für die Nachbarn und für die Familien tragen. Das Land Niederösterreich trage Verantwortung für das Gesundheitswesen. Eine Infektion bedrohe in weiterer Folge das Leben und die Gesundheit der Menschen.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) meinte, die Menschen würden „eingesperrt, drangsaliert und belogen“. Jeder, der beim Land zum Arbeiten beginnen wolle, müsse geimpft sein. Man solle die Menschen in Ruhe lassen, die der Impfung ablehnend gegenüberstehen.

Abgeordneter Karl Moser (VP) sagte, die Begriffe „erstunken“ und „erlogen“ würden nicht der Würde dieses Hauses entsprechen.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, Grüne und Neos angenommen.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Abgeordneter Franz Mold (VP) berichtete zu einer Vorlage betreffend **Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden.**

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger, MA (VP)) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **sozialmedizinische und soziale Betreuungsdienste (Bericht 5/2021)**
- **frühe sprachliche Förderung in Kindergärten (Reihe Niederösterreich 2021/6)**
- **COVID-19-Struktur und Umfang der finanziellen Hilfsmaßnahmen (Reihe Niederösterreich 2021/7).**

Abgeordnete Silvia Moser (GRÜNE) meinte, dieser Bericht sei wieder einmal ein „Gustostückerl“ des NÖ Landesrechnungshofes. Der Bericht zeige auf, wie „lässig“ mit dem Steuergeld in Niederösterreich umgegangen werde. Hier werde kein „Finger gekrümmt“, um das Geld von der Sozialversicherung zu erhalten. Es gebe keine Qualitätsstandards, die Arbeitsbedingungen bei den sozialen Betreuungsdiensten seien nicht besonders attraktiv. Das bedeute einen hohen Stresslevel, eine hohe Personalfluktuationsrate und viele Krankenstandstage.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) sagte, das Land Niederösterreich habe im Jahr 2019 über 75 Millionen Euro für die sozialmedizinischen Betreuungsdienste ausgegeben. Damit werde die Prämisse verfolgt, pflegebedürftige Personen möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu versorgen. Laut Medienberichten seien in Pflegeheimen „Bett-Tage“ verordnet worden. Das heißt, Menschen hätten zwei Tage lang ihr Bett nicht verlassen dürfen. Pflegebedürftige würden schlechter als Gefängnisinsassen behandelt. Es gebe einen Pflegenotstand. In Niederösterreich seien 520 Dienstposten nicht besetzt.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) sagte, dass man junge Menschen überreden müsse, in den Pflegeberuf zu gehen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Sie frage sich, worauf man warte?

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte zum Bericht zum NÖ Landschaftsfonds, dass der Fonds nicht effizient sei. Er möchte sich beim Rechnungshof für die immer interessanten und aufschlussreichen Berichte bedanken.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) merkte an, dass das Vermögen des Landschaftsfonds von 2017 bis 2019 gestiegen sei. Aktuell beinhalte der Fonds ein Vermögen von 8,96 Millionen Euro. Er merkte an, dass dieser Fonds kein Sparverein sei.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sprach zur urologischen Versorgung in den NÖ Universitäts- und Landeskliniken. Der Rechnungshofbericht weise an einigen Stellen auf einige Diskrepanzen hin. Offensichtlich bedürfe es einer Herstellung eines rechtskonformen Zustandes. Standortgenau Planungen würden fehlen.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) ergänzte zur urologischen Versorgung, dass irgendwo der Wurm drinnen sei. Sie frage sich, wie viele Gremien es noch brauche? Es ändere sich nämlich nichts und es gebe mehr Beschwerden denn je.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) sagte, er möchte Landesrechnungshof-Präsidentin Goldeband und ihrem Team für die Berichte danken. Alle nehmen die Berichte sehr ernst und alle arbeiten gemeinsam an den Verbesserungen. Die Empfehlungen werden in gemeinsamen Miteinander berücksichtigt und umgesetzt.

Die Anträge betreffend die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17 wurden allesamt einstimmig angenommen.

Die folgenden zwei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger, MA (VP)) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes betreffend frühe sprachliche Förderung in Kindergärten (Reihe Niederösterreich 2021/6)**

- **Bericht des Rechnungshofes betreffend Beteiligungen der Stadt Krems an der Donau und der Stadtgemeinde Leonding (Reihe Niederösterreich 2021/9)**

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) fragte sich, ob sie und Kollege Hauer die gleichen Berichte lesen. Wenn man Rechnungshofberichte zu Bildungseinrichtungen lese, bleibe ein „Kompetenz-Wirr-Warr“ zwischen Bund, Ländern und Gemeinden übrig. Die Konsequenz daraus sei, dass die Kinder das ausbaden müssen. Wenn man das „Werk“ nach vorne bringen möchte, dann müsse man reagieren und nicht verwalten. Sie sehe vor allem Landesrätin Teschl-Hofmeister in der Pflicht. Sie stelle sich die Frage, warum beispielsweise die sprachliche Frühförderung in Oberösterreich gelinge, nicht aber in Niederösterreich.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) sagte, man könne der Literatur entnehmen, dass Sprachförderung in der Spracherziehung schon lange Einzug gehalten habe. Kindergärten seien die ersten Bildungsstätten und auch entscheidend für den Bildungserfolg. Die im Bericht genannten Empfehlungen des Rechnungshofes sollten rasch umgesetzt werden.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) hielt fest, dass der Bericht des Rechnungshofes betreffend Beteiligungen der Stadt Krems Mängel und Defizite aufzeige. Es fehlten zudem die strategischen Gesichtspunkte. Der Bericht solle nicht nur aufzeigen, sondern auch dazu beitragen, dass es zu Verbesserungen komme.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sprach sich unter anderem für eine Erweiterung der Prüfrechte durch den Rechnungshof aus. Der Rechnungshof sollte auch kleine Gemeinden kontrollieren können. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sollten den Geprüften helfen, es besser zu machen.

Abgeordneter Mag. Christian Samwald (SP) betonte, dass der Rechnungshof mit seinen Kontrollen seiner „ureigensten Aufgabe“ nachkommen. Was das Beteiligungs- und Risikomanagement betreffe, habe Krems aufgrund der Anregungen des Rechnungshofes entsprechende Beschlüsse gefasst und damit „richtig und vorausschauend“ reagiert.

Abgeordnete Margit Göll (VP) führte aus, dass in den Landeskinderärten die frühe sprachliche Förderung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache ganz gezielt forciert werde. In allen Kinderärten werde eine Sprachstandfeststellung für Kinder ab drei Jahren durchgeführt. Mit dem Ziel, einheitliche Standards und beste Qualität für Kinder zu gewährleisten. Die Empfehlungen des Rechnungshofes betreffend Beteiligungen der Stadt Krems werde man nachkommen.

Die beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes betreffend COVID-19-Struktur und Umfang der finanziellen Hilfsmaßnahmen (Reihe Niederösterreich 2021/7)**
- **Bericht des Rechnungshofes betreffend NÖ.Regional.GmbH (Reihe Niederösterreich 2021/8)**

Helmut Hofer-Gruber hielt fest, dass der vorliegende Bericht zu Covid-19 mit Ende September 2020 endet und dass die Pandemie damit noch lange nicht vorbei gewesen sei. Der Bund habe den Löwenanteil der Maßnahmen getragen, wobei hier die Kurzarbeit überwiege. Zudem habe die Pandemie für jedes Bundesland unterschiedliche Herausforderungen gebracht. Er hoffe auch auf einen Endbericht. Der Bericht zur NÖ.Regional GmbH zeige wenig Positives, hier werde Steuergeld verschwendet.

Christian Samwald sieht im vorliegenden Covid-19-Bericht eine „Momentaufnahme“. Den Gemeinden hätte man mehr Geld zur Verfügung stellen müssen. Zudem wäre es notwendig und sinnvoll gewesen, bei Verordnungen den Verfassungsdienst miteinzubeziehen. Er erinnerte an die Einrichtung des Sanitätsstabes im Februar 2020 oder auch an die Flächentests zum Jahreswechsel 2020/21, sowie an die Terminvergaben bei den Impfungen. Seine Fraktion werde den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Landtag aktuell

21. Oktober 2021

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) nahm zum Bericht über die NÖ.Regional.GmbH Stellung. Er sprach von Doppelgleisigkeiten, die ineffizient und teuer seien.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) meinte zum Bericht des Rechnungshofes über die Covid19-Maßnahmen, der Rechnungshofbericht stelle die Struktur der finanziellen Hilfsmaßnahmen dar und biete einen Überblick, aber keine detaillierte Prüfung von Geldflüssen. Seine Fraktion werde dem Bericht zustimmen. Zum Bericht über die NÖ.Regional.GmbH meinte er, der Rechnungshof habe keine Einsparungen feststellen können, es gebe Doppelgleisigkeiten und eine unklare Positionierung.

Abgeordneter Christoph Kaufmann, MAS (VP) sagte zum Bericht über die NÖ Regional GmbH, diese sei gegründet worden, um die Regionalentwicklung neu zu organisieren. Die NÖ.Regional.GmbH sei die zentrale Anlaufstelle des Landes Niederösterreich für Regionen und Gemeinden bei der Regionalentwicklung. Eine Evaluierungsstudie stelle klar fest, dass die Neuorganisation zu Einsparungen und Synergieeffekten geführt habe, etwa bei den Personalkosten.

Der Antrag des Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Covid19-Struktur und Umfang der finanziellen Maßnahmen wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag des Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend NÖ.Regional.GmbH.

Schluss der Sitzung!